

## Verhandlungsprozess zwischen Regierung und Paramilitärs Ende der langen Nacht der Gewalt in Sicht ?

".....Herr, Hilf uns in dieser langen Nacht der Gewalt den Weg zu finden, der uns zur Versöhnung und zum Frieden führen wird." Mit diesem Gebet beendete der Friedensbeauftragte Luis Carlos Restrepo seinen Diskurs zur offiziellen Eröffnung der Friedensgespräche zwischen der Regierung Uribe und den Paramilitärs, welche am 1. Juli 04 in Santa Fe de Ralito im Departement Cordoba (Nordküste) aufgenommen wurden. Die Frage, ob diese Friedensverhandlungen der Weg sind, um der "langen Nacht der Gewalt" in Kolumbien eine Ende zu setzen oder ob sie geradezu dazu führen, die Nacht noch zu verlängern, beherrscht die öffentliche Diskussion seit Monaten in und über Kolumbien.

### Friedensprozess ?

Viele fragen sich, ob in Santa Fe de Ralito überhaupt ein Friedensprozess aufgenommen wurde. Solche zeichnen sich dadurch aus, dass zwei Akteure, welche grundsätzlich in Opposition zueinander stehen und sich deshalb militärisch bekämpfen, sich an einen Tisch setzen, um das Blutvergiessen zu beenden und die inhaltlichen Differenzen mit einem politischen Kompromiss zu bereinigen.

Beim Friedensprozess mit den Paramilitärs sitzen zwei Partner zusammen, welche nicht gegeneinander kämpfen, sondern einen gemeinsamen Feind im Visier haben: die Guerillas. Der kolumbianische Paramilitarismus entstand als eine vom Staat selbst legalisierte und geförderte Aufstandsbekämpfungsstrategie gegen die Guerilla. Er delegierte im Laufe der Zeit an diesen militärischen Akteur die dreckige Arbeit und der Paramilitarismus erfüllte und erfüllt seine Aufgabe mit einer unbeschreiblichen Brutalität vor allem durch Massaker, durch Verschwindenlassen, Ermordungen, Vertreibungen und Terrorisierung der Zivilbevölkerung. In den vergangenen Jahren hat er gute Teile Kolumbiens unter seine Kontrolle gebracht. Kolumbien hat sich vom Land mit Paramilitärs zu einem Land der Paramilitärs umgewandelt. Der Staat selbst hat das illegale Monster mitgeschaffen, dessen er sich aufgrund von internem und externem Druck nun befreien sollte. Ein schwieriges Unterfangen.

Präsident Alvaro Uribe, bekannt für seinen übereifrigen Handlungswillen, nahm sich der Sache an. Nicht etwa, weil er sich die Paramilitärs ins Pfefferland wünscht. Als ehemals aktiver Förderer des "legalen" Paramilitarismus im Amt als Gouverneur von Antioquia schlug und schlägt sein offenes Herz eh in ihre Richtung. Er suchte nach einer Formel, um die Paramilitärs in seine militärische Grossoffensive gegen die Guerilla und deren Zerstörung legal einbinden zu können und die landesweite Rückgewinnung des Gewaltmonopols des Staates zu erreichen. Am 23. Dezember 2002 machte er mit einem Gesetz den Weg frei für Friedensverhandlungen mit den Paramilitärs, nachdem diese Ende November 02 einen einseitigen Waffenstillstand ankündigten.

Am 15. Juli 2003 wurde in der "Vereinbarung von Santa Fe de Ralito" die graduelle Rückkehr der Paramilitärs ins zivile Leben bis Ende 2005 vereinbart. Ebenso wurde als gemeinsames Ziel ein "Kolumbien ohne Drogenhandel" definiert und die Beibehaltung des Waffenstillstandes der Paras festgelegt. In den offiziellen Friedensverhandlungen, welche am

1. Juli 04 aufgenommen wurden, sollten alle Details dieses Demoblisierungs-Prozesses geregelt werden.

Die Voraussetzungen waren scheinbar gegeben, um mit Vollgas die Legalisierung der Paramilitärs vorwärts treiben zu können. Scheinbar. Der Weg, der in Santa Fe de Ralito aufgenommen wurde, führte zusehends vom Festland in einen weglosen Sumpf, denn die Regierung handelt nicht mit klaren Analysen und Konzepten, sondern hangelt sich von Improvisation zu Improvisation. Vier heisse Themen bestimmen die Verhandlungen.

### 1. Waffenstillstand

Wie immer in Kolumbien wenn Zahlen genannt werden, differieren diese beträchtlich je nach Quelle. Eines aber geht aus allen Statistiken hervor: von einem wirklichen Waffenstillstand seitens der Paramilitärs kann keine Rede sein. Laut dem Friedensbeauftragten der Regierung sind seit Dezember 2002 rund 310 Ermordungen und 17 Massaker von den Paras begangen worden, wobei die realen Zahlen bedeutend höher sein werden. Die Beobachtungskommission der Amerikanischen Staaten OEA, welche offiziell den Friedensprozess begleitet und die Einhaltung der Abmachungen verifizieren soll, hat bisher der Öffentlichkeit nichts Handfestes vorgelegt, ausser der Feststellung, dass man zuwenig Geld hätte, um die gestellte Aufgabe erfüllen zu können.

### 2. Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung

"Keine politisch-militärische Organisation wird militärisch ungeschlagen und mit einer intakten sozialen Basis an einer Friedensverhandlung teilnehmen, um ihre Zukunft in einem Gefängnis oder Kerker im In- oder Ausland verbringen zu können, quasi als Bestrafung für ihren Patriotismus, ihre Selbstlosigkeit, ihren guten Glauben in den Frieden". Mit diesen Worten umriss Salvatore Mancuso in einem Grundlagendokument die Position der Paramilitärs bezüglich Gerechtigkeit. Die Paramilitärs erwarten Amnestie für ihre "guten Dienste am Vaterland" und keine Bestrafung!

Uribe nahm die Anliegen der Paras auf und legte ein Gesetzesprojekt vor, welches praktisch eine Amnestie für alle wiedereingliederungswilligen KämpferInnen ohne Suche nach Wahrheit und Wiedergutmachung an den Opfern vorsieht. Die Antwort von Opferorganisationen sowie nationaler und internationaler Menschenrechtsinstitutionen (UNO) und -organisationen liess nicht auf sich warten. Mit scharfen Worten kritisierten alle das vorgeschlagene Amnestiegesetz, weil dieses gegen internationales Völkerrecht verstosse. So würde kein nachhaltiger Friede geschaffen und Versöhnung verunmöglicht, ja geradezu die Gewaltspirale weiter vorangetrieben.

Uribe schwenkte etwas ein und legte eine neue Version vor, welche den Paramilitärs dermassen missfiel, dass sie den Abbruch der Verhandlungen androhten. Die Rechtsfrage bleibt weiter offen und höchst umstritten.

### 3. Drogenhandel und Paramilitärs

Noch umstrittener und das wohl heisseste Eisen ist die Verbindung zwischen Drogenhandel und Paramilitärs. Der "erste leere Stuhl" auf der Rednertribüne während dem Eröffnungsakt zum Friedensprozess in Santa Fe de Ralito machte auf diese Thematik aufmerksam. Carlos Castaño, Gründer der Vereinigten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens AUC und Hauptinitiator für die Friedensverhandlungen wurde vor den Verhandlungen vermutlich durch

Leute aus den eigenen Reihen ermordet. Sein Verschwinden offenbart schwere interne Richtungskämpfe unter den Paramilitärs.

"Unter uns gesprochen: ich muss ganz offen gestehen, dass wir Paraführer ganz unterschiedliche Interessen vertreten. Gewisse von uns sind reine Vertreter von Selbstverteidigungsgruppen wie ich. Andere haben am Friedentisch Platz genommen, um ihre persönlich-juristischen Probleme zu lösen. Es ist klar, dass früher oder später der Prozess sich selbst reinigt und vermieden wird, dass diejenigen, welche nicht in den Verhandlungen mit dabei sein sollten, ausscheiden." Zehn Tage, nachdem Miguel Arroyave, Chef des Bloque Centauros dies der Zeitschrift SEMANA anvertraute, gehörte auch er zu den Ausscheidenden. Er wurde von seinen Para-Gegnern im September 04 ermordet. Es scheint, dass die Narcofraktion die Zügel des Friedensprozess fest in seine Hände genommen hat.

Die Paras sind in zwei Lager gespalten: in eine Antisubversions- und eine Narcofraktion. Die erstere vertritt eher die Interessen des legalen Kapitals (Grossgrundbesitz, Agroindustrie, Multis). Dieses sieht ihr rentables Wirtschaften durch die Guerilla eingeschränkt, bedroht und verunmöglicht. Die Antisubversionsfraktion möchte ganz im Sinne des legalen Kapitals ihre Dienste legal dem Antiguerillakampf zur Verfügung stellen. Die meisten ihrer Führer könnten zudem durch eine Amnestie ihr "Drogenproblem" lösen, denn "drogenfreie" Paramilitärs gibt's kaum. Die Narcofraktion vertritt die Interessen des illegalen Kapitals. Sie möchten den Friedensprozess als "Geldwäschereiprozess" für ihre durch Drogenhandel illegal erworbenen Güter und Territorien umfunktionieren und um ihre persönlich-juristischen Probleme durch Amnestie zu lösen.

Durch die Verbindung Paramilitärs-Drogenhandel rückt die Frage der Auslieferung von Drogenhändler an die USA ins Zentrum des Verhandlungsvorganges. Die Auslieferung von 18 Narco-Führungsleute der AUC wird verlangt, darunter auch von Salvatore Mancuso Chefunterhändler der Paras. Die USA können vor dem eigenen und dem Weltpublikum nicht zulassen, dass vor ihrer Nase die "meistgesuchten" Drogenhändler amnestiert und deren illegale Güter weissgewaschen werden, währenddem sie mit Milliardenunterstützung ("Plan Colombia") seit Jahren in Kolumbien angeblich den Drogenterrorismus bekämpfen. Dies wäre der Höhepunkt ihres eh erfolglosen Drogenkrieges.

Präsident Uribe ist sich des grossen Dilemmas der Friedensverhandlungen durch das Narcoproblem bewusst. Wie er sich aus diesem Dilemma befreien will, bleibt offen, wie so vieles im weglosen Sumpf der Verhandlungen mit den Paramilitärs.

#### 4. Reintegration der KämpferInnen ins zivile Leben

Anfangs November wurde von den Paramilitärs ein "Sprung ins Leere" angekündigt. Sie gaben die Demobilisierung von 3000 KämpferInnen bis Dezember 04 bekannt - das grösste Demobilisierungsprojekt in der jüngeren Geschichte Kolumbiens innerhalb von 40 Tagen! Zum Vergleich: beim M-19 waren es 900, beim EPL 2000 KämpferInnen. Damit soll der skeptischen Öffentlichkeit der feste Wille zur Demobilisierung demonstriert werden. Das ganze wirft aber mehr Fragen auf, als dass es Antworten gibt - Die Demobilisierung ist ein weiterer Sprung ins Leere, denn die Hauptprobleme bleiben ungelöst.

Da ist die Narco-Thematik. Die grösste Demobilisierung mit 1600 KämpferInnen ist im Catatumbo / Santander vorgesehen, im Grenzgebiet zu Venezuela, wo viel Coca angebaut wird. Wie viel, darüber ist ein öffentlicher Streit entstanden. Die offiziellen Ziffern sprechen von 1800 Hektaren. Der Kongressabgeordnete für dieses Departement Armando Amaya

widerspricht: er geht von 30'000 Hektaren aus. Hinter den Zahlen steht die Frage: warum wird hier massiv demobilisiert? Die einen sagen, weil das Drogengeschäft nicht mehr läuft und dadurch die Paras arbeitslos geworden sind. Andere meinen, weil die Paras hier absolut das Gebiet unter Kontrolle haben und sich nun ruhig legalisieren können.

Eine weitere Frage: wie sollen die 20'000 KämpferInnen bis Ende 05 längerfristig wirtschaftlich integriert werden. Obwohl man bereits daran ist, zu demobilisieren, gibt's noch keine klare Strategien. Die Absicht von Uribe, die Paras ins Militär zu integrieren, wurde offiziell wohl aufgrund internationalen Drucks wegen ihrer Narcoverbindung fallen gelassen. Die Paras plädieren aber weiter für die Übernahme militärischer Bewachungs-Aufgaben von Zielen der Guerillas wie "Brücken, Hochspannungsmasten, Wasserquellen, Strom-Verteilzentralen, Öl- und Gaspipelines, Bahnlinien, Naturschutzgebieten." Sie streichen die besondere Eignung der Paras dafür hervor. "Unsere Männer sind durch ihre wilde Art gewöhnt, in sehr schwierigen Umständen, gegen die Unbill des Klimas, in Abgeschiedenheit und unter extremen Bedingungen zu leben, wo sich meist solche Infrastrukturobjekte befinden." Die "wilde Natur" der Paras möchte die Regierung u.a. für die manuelle Zerstörung von Coca- und Mohnpflanzungen nützen. Sie ist auch bereit, Unternehmen zu begünstigen, welche mindestens 40 Prozent ihrer Belegschaft durch Demobilisierte bestücken. Die Paras möchten, dass ein Teil ihrer Demobilisierten ihre wirtschaftliche Zukunft in agroindustriellen Projekten (z.B. Ölpalmen) finden. Kurz: Die Ideenpalette, wie das Heer demobilisierter Paras wirtschaftlich integriert werden soll, ist gross. Nur mit Ideen hat man noch keine Probleme gelöst. Es fehlen Nägel mit Köpfen !

Es besteht die ganz grosse Gefahr, dass diese improvisierte Integration zu nichts anderem führt, als zur Legalisierung des status-quo der Paramilitärs und ihres aggressiven Wirtschaftsmodelles. Damit hätten sie innert sieben Jahren geschafft, was die Guerillas in 40 Jahren nicht erreicht haben: ein Kolumbien nach ihren Vorstellungen. Ein Kolumbien aber, das alles andere als friedlich sein wird, denn eine Gesellschaft, welche auf Gewaltannexion und Straffreiheit ohne Gerechtigkeit und Wiedergutmachung basiert und nur toleriert, was einer kleinen privilegierten Schicht dient, ist keine Basis für eine friedliche Zukunft. Das Ende der langen Nacht der Gewalt kommt so nicht in Sicht. Das kann auch der Herr nicht richten. [\[1\]](#)

---

[1] Wir haben die Vorstellungen der ASK, wie mit Friedensverhandlungen - gleich ob mit Guerillas oder Paramilitärs - ein menschlicheres Kolumbien aufgebaut werden kann, schon in unserem international unterstützten NGO-Friedensmanifest 1998 rund um die Verhandlungen mit FARC und ELN dargelegt. Dieses Manifest zeigt, dass wir keine anderen Massstäbe an die Verhandlungen in Santa Fe de Ralito anlegen, als an diejenigen im Caguán! Nachhaltiger Friede basiert auf Grundprinzipien, welche unabhängig sind von den jeweiligen Einzelinteressen der Verhandlungspartner am Friedentisch. vgl. <http://www.askonline.ch/home/aktion3.html>